

Jędrzej Chumiński

**DIE INSTRUMENTALISIERUNG
DER POLNISCHEN GEWERKSCHAFTEN
ALS FAKTOR DER PRODUKTIONSSTEIGERUNG (1945-1948)**

Ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung des Wirkens der Betriebsräte und Gewerkschaften ist das Verhältnis zwischen ihnen und der Bevölkerung, unter der sie tätig waren. Leider fehlen eingehende empirische Untersuchungen, die einen tieferen Einblick in diese Problematik erlauben würden. Eine Analyse des Phänomens ist schon deshalb schwierig, weil entsprechende Quellen fehlen, die von den unmittelbar Beteiligten "produziert" wurden, insbesondere von den Arbeitern, die praktisch eine große "stumme" gesellschaftliche Gruppe waren. Über deren Haltung können wir nahezu ausschließlich nur mit Hilfe von Dokumenten "äußerer" Institutionen und Organisationen urteilen (der politischen Parteien, der Wirtschaftsverwaltung und des Sicherheitsdienstes), die mit den Arbeitern vor allem in den Industriebetrieben in Berührung kamen. Sie gaben freilich nicht immer deren Einstellungen, ihren Bewußtseinsgrad sowie die Motive ihres Verhaltens wieder. Es fällt zwar relativ leicht, auf die überlieferten Dokumente gestützt, eine Typologisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Subjekten (der Direktion des Unternehmens, dem Betriebsrat, der Gewerkschaft und der Belegschaft) vorzunehmen, aber eine Quantifizierung der einzelnen Varianten erweist sich als praktisch unmöglich. Bei der Vielzahl von Betrieben kann man auf zahlreiche Fälle verweisen, in denen sich die Verhältnisse zwischen den einzelnen Subjekten nach partnerschaftlichen Grundsätzen gestalteten. Dabei genossen die Gewerkschaftsorganisationen und die Betriebsräte Autorität unter den Beschäftigten. Nicht weniger zahlreich sind jedoch gegenteilige Beispiele, bei denen die Arbeitervertretungen durch die Parteien, vor allem von den Kommunisten zum Werkzeug gemacht wurden, bestimmte politische und ökonomische Ziele zu erreichen. Die Schwierigkeiten einer Analyse werden durch die Tatsache verstärkt, daß in den Jahren 1945-1948 die Lage nicht stabil war, sondern ständigen Veränderungen unterlag.

Die von den Kommunisten in der ersten Zeit beherrschten Organisationen, die sich anfangs sogar einer gewissen Akzeptanz durch die Beschäftigten erfreuen konnten, verloren sehr rasch jegliche Autorität. Das war nicht nur die Folge ihres poli-

tischen Engagements für das neue Regime, sondern auch der Nachlässigkeit bei der Verteidigung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder. In den Dokumenten der Gewerkschaften wurden zwar stets Aktivitäten auf diesem Gebiet als unerlässlich unterstrichen, aber die Praxis wich weit von diesen offiziellen Deklarationen ab. Schon nach Ablauf weniger Monate wurden – Mitte des Jahres 1945 – Gewerkschaften und Betriebsräte allgemein von den Werktätigen geschnitten, was sich in einer anwachsenden Streikwelle äußerte. Nach der damals verbindlichen Ideologie sollte die Nationalisierung der Produktionsmittel mit den Interessen des Staates als dem Hauptarbeitgeber und mit denen der Arbeitnehmer übereinstimmen. Dies hieß für die Vertretungen der Werktätigen, als Instrumente zu dienen vor allem für ein Wachstum der Produktion, bessere Arbeitsdisziplin und für die Entwicklung eines neuen Verhältnisses der Werktätigen zum sog. gesellschaftlichen Eigentum. Bessere materielle Bedingungen für die Beschäftigten wurden von erhöhten Anstrengungen abhängig gemacht. Wie im März 1945 auf dem Gewerkschaftskongreß der Metallarbeiter ein Funktionär erklärte, „ist es Aufgabe der Gewerkschaften, Disziplin, rechtliche Verantwortung und eine korrekte Organisation der Arbeit“ zu gewährleisten. Dabei sollten die polnischen Arbeiter auf das Niveau der Besten, nämlich der „sowjetischen Arbeiter“, gebracht werden, denn dort – wie er meinte – „baut der Bergmann mehr Kohle ab, arbeitet der Metaller intensiver“¹. Bei den von den Gewerkschafts- und politischen Leitungen für die Mitglieder der Betriebsräte organisierten Beratungen wurde ständig die Notwendigkeit unterstrichen, „auf die Arbeiter einzuwirken, die Produktivität, die Produktion und die Disziplin zu erhöhen“². In diesem Zusammenhang muß man die damaligen Bemühungen der Gewerkschaftsorganisationen sehen, sich der traditionell von den Unternehmensverwaltungen wahrgenommenen Aufgaben anzunehmen. In zahlreichen Betrieben faßten die Räte – ungeachtet der Motive, von denen sie sich dabei leiten ließen Beschlüsse, die nach dem Empfinden der Beschäftigten gegen ihre Interessen gerichtet waren. So wurden z.B. in einem Betrieb in Lublin Sanktionen gegenüber Beschäftigten beschlossen, die ihre Arbeitsaufgaben vernachlässigten. Je nach dem Grad ihrer Verfehlungen wurden sie mit der Aberkennung ihrer Deputate, der Rückstufung ihrer Lebensmittelkarten, dem Ausschluß aus der Gewerkschaft und im Falle notorischer Fehlschichten mit der „Überstellung an die Militärbehörden wegen Sabotage“ bedroht. In Krakau ordnete ein Betriebsrat an, persönliche Durchsuchungen vorzunehmen, um Schwarzarbeit zu unterbinden in einem anderen Fall wurden Beschäftigte „willkürlich in eine niedrigere Lohngruppe eingestuft. In Lodz verpflichteten sich die Räte, Diebstähle zu bekämpfen. In einer

¹ Archiwum Ogólnopolskiego Porozumienia Związków Zawodowych (dalej OPZZ), Komisja Centralna Związków Zawodowych (dalej KCZZ) Wydział Organizacyjny sygn. 84, Protokół I Krajowego Zjazdu Związku Zawodowego Metalowców w Katowicach (18-20 marca 1945 r.), s. 36.

² Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 141, Protokół z zebrania Rad Zakładowych (9 czerwca 1945 r.).

Hütte in Schlesien trat der Rat gemeinsam mit der Direktion gegen "Faulheit" durch Entlassungen wenig Beflissener" ein³.

Kennzeichnend ist in dieser Zeit das Fehlen von Konflikten zwischen den Betriebsräten und den Gewerkschaftsinstanzen. In vielen Betrieben wurden gleichzeitig Betriebsräte und Gewerkschaftsabteilungen als unterste Instanzen der Gewerkschaftsbewegung berufen. Zumeist bestand zwischen ihnen eine Zusammenarbeit, die aus engen personellen Bindungen resultierte (noch im Jahre 1946 kam es vor, daß ein und die selbe Person die Funktion eines Betriebsratsvorsitzenden, eines Referenten beim Bezirkskomitee der Gewerkschaften, des stellvertretenden Vorsitzenden einer Abteilungsleitung bekleidete und Mitglied eines Sektionsvorstandes war). Die Mitglieder beider Körperschaften gehörten in der Regel der gleichen politischen Richtung an. Geradezu typisch war die Lage in der Wojewodschaft Krakau, wo in der ersten Hälfte des Jahres 1945 "die Gewerkschaften eng mit den Betriebsräten zusammenarbeiteten, ihre Tätigkeit kontrollierten und alle Zusammenstöße vermeiden halfen. Heute geschieht in keiner Fabrik irgend etwas, worüber die Gewerkschaft nicht sofort informiert worden wäre. Auf diese Weise bauten wir einen Kontrollapparat auf, der alle Fäden in unserem Bezirk in der Hand hält"⁴. Bei Versammlungen, die von den Betriebsräten einberufen worden wären, wurde den Arbeitern empfohlen, "kollektiv" den Gewerkschaften beizutreten, weil "jeder Werktätige Mitglied der Gewerkschaft sein...und eine entsprechende Erklärung ausfallen muß". Es gab sogar Beschlüsse, "keine Arbeiter zu unterstützen, die noch nicht organisiert sind"⁵. Erst im März 1945 unterband das KCZZ – zumindest formal – eine doppelte Repräsentanz, zu schaffen, indem sie die Räte als Körperschaften betrachtete, die den Gewerkschaftsabteilungen untergeordnet waren⁶. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften (auch der Betriebsräte) bestand damals darin, politische Versammlungen der Belegschaften zu organisieren und eine möglichst hohe Beteiligung an offiziellen Feierlichkeiten zu sichern.

³ „Trybuna Wolności” nr 69 z dnia 22 grudnia 1944 r., s. 16; Archiwum Państwowe w Krakowie (dalej AP Kraków), Okręgowa Inspekcja Pracy Kraków sygn. II/25, Pismo Inspektora Pracy VII Okręgu w Krakowie do MPiOS (2 czerwca 1945 r.); AP Kraków, Komitet Wojewódzki Polskiej Partii Robotniczej (dalej KW PPR) sygn. I/VI/83, Protokół walnego zebrania pracowników Elektrowni Miejskiej (3 czerwca 1945 r.); Archiwum Akt Nowych (dalej AAN), KC PPR sygn. 295/IX/ 227, Sprawozdanie KW PPR w Łodzi za październik 1945, s. 20; AAN, Ministerstwo Przemysłu i Handlu (dalej MPiH) sygn. 149, Sprawozdanie z działalności Wydziału Personalnego Huty Małapanew (15 grudnia 1945 r.), s. 22.

⁴ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 139, Sprawy organizacyjne OKZZ w Krakowie (1945 r.), s. 207.

⁵ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Ekonomiczny sygn. 375, Pismo Rady Zakładowej „Zabrze-Wschód”; Pismo Rady Zakładowej kopalni „Michał”, Pismo Rady Załogowej kopalni „Miechowice” (1945 r.).

⁶ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 135, Protokół OKZZ w Katowicach (9 marca 1945 r.), s. 29; tamże: Wydział Organizacyjny sygn. 84, Protokół z I Krajowego Zjazdu Związku Zawodowego Metalowców (18-20 marca 1945 r.), s. 45.

Erheblich vernachlässigt wurden die Arbeitsbedingungen, vor allem der Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auf das geringe Verständnis für diese Probleme bei den Betriebsräten im Jahre 1945 machten die Arbeitsinspektoren aufmerksam. Einige Gewerkschaftsorganisationen meinten sogar, "solche Schutzvorkehrungen sind überflüssig, weil sie die Arbeit erschweren". In einem Bericht des Inspektors des Bezirks XI in Bydgoszcz wurde darüber informiert, "daß sich die Betriebsräte nicht darum kümmern, erforderliche Arbeitsschutzmaßnahmen zu gewährleisten, die Arbeitszeit einzuhalten und für die Jugendlichen schützend einzutreten. Nur in einem Falle vertrat ein Betriebsrat eine andere Haltung als die Betriebsdirektion, indem er den Antrag stellte, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern, während die Betriebsleitung zwei Stunden forderte. Die Betriebsräte Übernehmen automatisch die Anträge der Direktionen...Ungeachtet der Teilnahme von Vertretern der Betriebsräte an Kursen über den Sicherheitsschutz bei der Arbeit ließ sich kein Interesse auf diesem Gebiet in den Fabriken feststellen⁷. Die Lage war geradezu dramatisch, wenn man bedenkt, daß von den in den Jahren 1945-1948 erteilten 230.817 Anordnungen hinsichtlich des Arbeitsschutzes nur 97.643 (also 43 Prozent) erfüllt wurden. Im Jahre 1946 wurden 57.940 Arbeitsunfälle gemeldet, darunter 1.429 mit tödlichem Ausgang. Im Vergleich zu 1937 bedeutete dies eine Steigerung um nahezu 3 Prozent (56 333 gemeldete Unfälle), bei den Todesfällen sogar um 126 Prozent (632 Tote). Das Mißverhältnis ist umso größer, als die Zahl der registrierten Arbeitskräfte 1946 über 10 Prozent niedriger war als 1937 (1 354 688 bzw. 1.538.164). Im Jahre 1948 nahmen die Arbeitsunfälle im Vergleich zu 1937 bereits um 99 Prozent zu (112.080), während die statistisch erfaßten Arbeitskräfte um 28,7 Prozent (auf 1.979.970 Personen) gestiegen waren⁸.

Wie groß der Autoritätsverlust der Gewerkschaftsorganisationen unter den Beschäftigten war, zeigte sich bereits im März 1945. Erste Symptome waren stürmische Diskussionen während allgemeiner Versammlungen, die von den Kommunisten zur Aufputschung der Belegschaften ausgenutzt wurden. Scharfe Kritik übten die Arbeiter am politischen Engagement der Gewerkschaften und der Betriebsräte, die dabei nur mangelhaft ihre materiellen Interessen verteidigten. Unmut erregte auch die Arroganz einiger Gewerkschaftsführer, die eine bessere Arbeit fordernde Personen einer feindlichen politischen Tätigkeit beschuldigten. Nach einer Rede des Vorsitzenden des Hauptvorstandes der Textilarbeitergewerkschaft Aleksander Burski im April 1945 in einem Betrieb in Moszczenice "begannen die Arbeiter und vor allem die Arbeiterinnen ungewöhnlich heftig zu toben.... Rufe wie Verräter etc. wurden

⁷ AAN, Ministerstwo Pracy i Opieki Społecznej (dalej MPiOS) sygn. 706, Stan bezpieczeństwa i higieny pracy w zakładach pracy w Polsce na podstawie sprawozdań Inspektora Pracy za I półrocze 1945 r., s. 8; AAN, MPiOS sygn. 748, Sprawozdanie Inspektora Pracy XI Okręgu w Bydgoszczy za 1945 r., s. 9-10; AP Kraków, Okręgowa Inspekcja Pracy Kraków sygn. 54, Sprawozdanie opisowe z działalności Inspekcji Pracy 33 Obwodu w Krakowie za rok 1945.

⁸ AAN, MPiOS sygn. 739, Sprawozdanie roczne z działalności Inspekcji Pracy w 1948 r., s. 25; tamże: sygn. 737, Sprawozdanie z działalności Inspekcji Pracy w latach 1945-1947, s. 31.

laut⁹. Während eines Meetings in einer Krakauer Metallfabrik im April 1945 warf ein hoher Funktionär des Wojewodschaftskomitees des Gewerkschaftsverbandes den Arbeitern vor, sie wären "Reaktionäre". Darauf antwortete ihm einer der Beschäftigten: "In der Zeit der Sanacja im Jahre 1939 wurde jeder, der nach Brot verlangte, als Bolschewik oder Kommunist bezeichnet; jetzt nennt man ihn einen Reaktionär". Die allgemeine Stimmung der Krakauer Arbeiter wurde im Juni 1945. so eingeschätzt: "Gegenwärtig nimmt die Unzufriedenheit unter den Arbeitern zu... Zur Zeit sieht der Arbeiter keine realen Vorteile und meint: es gibt zwar einen demokratischen Staat, aber andererseits ist man bestrebt, aus den Arbeitern alle Kräfte herauszupressen"¹⁰. Im April 1945 mußte der Sekretär des Gewerkschaftskomitees der Wojewodschaft Kattowitz – nach nur dreimonatiger Tätigkeit – eingestehen, daß "die Belegschaften gegen die Betriebsräte auftreten". Im Juni stellte er fest: Eines der wichtigsten Probleme stellen die Betriebsräte dar, die sich in ihrer Mehrheit kompromittierten, korrumpieren ließen und vielfach bei den Arbeitern verhaßt sind. Zwei Monate später berichtete er, "die Betriebsräte sind in ihrer Mehrheit in den Händen der PPR. Man muß die PPS ins Spiel bringen, weil anderenfalls mit Massenaktionen gegen die Räte zu rechnen ist"¹¹. Bemerkenswert ist, daß diese Einschätzungen eine Region betrafen, in der damals über 35 Prozent der in der polnischen Industrie Beschäftigten arbeiteten. In der Wojewodschaft Łódź sind die Gewerkschaften – wie der Sekretär des Wojewodschaftskomitees im Mai 1945 auf dem Plenum des ZK der PPR berichtete – "eine unpopuläre Institution. Direktoren treten als Verteidiger der Arbeiter gegen die Gewerkschaften auf"¹². Einen Monat später stellte man fest, daß in den Fabriken allenthalben "eine politische Aktivität der Massen fehlt. Man spürt eine Art Müdigkeit, ist der Meetings und Versammlungen überdrüssig, und es ist schwierig, Enthusiasmus und Einsatzzeifer zu entfachen"¹³. Im Juli "war die Stimmung zum Überkochen aufgehetzt". "Das beste Beispiel hierfür sind solche Vorkommnisse, bei denen die Arbeiter in den Fabriken die Gewerkschaftsvertreter auspfeifen und fordern, die Politik hinten zu stellen, dafür aber ihnen zu erklären, wann sie endlich eine solche Menge den Lebensmitteln bekommen würden, daß ihre Kinder nicht

⁹ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/208, Sytuacja w przemyśle, aprowizacja robotników, umowy zbiorowe (kwiecień 1945 r.), s. 8.

¹⁰ AP Kraków, KW PZPR sygn. 1/VI/55, Protokół zebrania załogi Państwowej Fabryki Naczyń Emaliowanych i Wyrobów Metalowych (17 kwietnia 1945 r.), s. 132; AP Kraków, KW PPR sygn. 1/VI/52, Sprawozdanie z posiedzenia KM PPR w Krakowie (17 czerwca 1945 r.), s. 23.

¹¹ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/127, Pismo do W. Gomułki i R. Zambrowskiego (11 kwietnia 1945 r.), s. 15; AAN, KC PPR sygn. 295/VII/228, Protokół z odprawy sekretarzy KW Kraków, Łodzi, Katowic, Kielc i Dolnego Śląska (17-18 sierpnia 1945 r.), s. 3; J. Kantyka, *Burzliwe lata. Z dziejów ruchu socjalistycznego na Śląsku i w Zagłębiu Dąbrowskim w latach 1939-1948*, Warszawa 1977, s. 255.

¹² AAN, KC PPR sygn. 295/II/2, Protokół z posiedzenia plenarnego KC (20-21 maja 1945 r.) – wystąpienie I. Logi-Sowińskiego, s. 35.

¹³ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/ Sprawozdanie KW PPR w Łodzi za czerwiec 1945 r., s. 18.

mehr Hunger leiden müßten¹⁴. Bei der am 1. Juli 1945 eröffneten Konferenz von Vertretern der Betriebsräte und der Gewerkschaften der Wojewodschaft Śląsk-Dąbrowski schätzte man ein, „die Zeit sei nicht mehr fern, daß die Arbeiter in den Betriebsräten ihren Feind und die Quelle allen Übels sehen würden. Ein Mitglied des Betriebsrates war bis zu dieser Zeit ein gehetzter Laufbursche, ein Handlanger des Direktors in heikelsten Angelegenheiten und bei größten Schwierigkeiten. Aber das Ergebnis bestand darin, daß die Unzufriedenheit mit den Betriebsräten unter den Arbeitern zunahm und unerwartete Ausmaße erreichte¹⁵. Besonders stürmisch verliefen Versammlungen, die im August 1945 in den Fabriken von Łódź vor den Betriebsratswahlen organisiert wurden. „Am häufigsten kam es dann zu Tumulten, wenn eine Arbeiterin ans Rednerpult trat und zu schreien anfang, daß ihre Kinder verhungern würden. Dann gab es ein allgemeines Gebrüll, so daß unsere Redner nicht zu Wort kommen konnten“. Man rief: „Wir haben genug vom Gerede über Politik, wir wollen essen¹⁶. Wie im gleichen Monat vermerkt wurde, verbreitete sich in den schlesischen Betrieben das Gerücht, „daß PPR und Beamte alles verzehrten, den Arbeitern aber zu arbeiten befehlen... Es entsteht der Eindruck, die Gewerkschaften seien eine Institution der Regierung und nicht Verteidiger der Arbeiterinteressen; die Massen verlieren das Vertrauen in die Gewerkschaften. Die Betriebsräte sind wenig aktiv...“. In der Wojewodschaft Krakau wird im Sommer 1945 notiert: „Selbst unsere besonders redegewandten Genossen fürchten sich, in die Fabriken zu gehen. Die Arbeiter fordern Taten. Redet uns hier nicht von Politik, gebt uns Brot und Brennstoffe für den Winter. Wir wollen nicht länger Versprechungen usw.“¹⁷ Zur Jahreswende 1945/46 war die Lage in verschiedenen Regionen des Landes nach Einschätzung von Gewerkschaftsfunktionären dramatisch. In der Grube „Kościuszko riefen die Arbeiter während eines Meetings nach Brot. In der Grube „Mysłowice“ kam es „zu regierungsfeindlichen Auftritten. Die Verfassung wurde als hitlerfaschistisch bezeichnet. In Polen regieren weder die Arbeiter noch die Bauern; es regiert der Teufel“. In der Zusammenfassung des Berichts über seine Inspektionsreise durch die Wojewodschaften Śląsk-Dąbrowski und Krakau im Januar 1946 stellte das Mitglied des KCZZ Marian Czerwiński fest: „Die Lage... ist sehr schwierig und angespannt. Es gibt die Tendenz zu Streiks. Davon zeugen die scharfen Attacken gegen die Gewerkschaften, die politischen Organisationen, gegen die Regierung usw. Mehrere Redner wurden in verschiedenen Fabriken und Gruben ausgepöffelt“¹⁸.

¹⁴ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 125, Sprawozdanie miesięczne Zarządu Głównego Związku Zawodowego Robotników i Pracowników Przemysłu Włókienniczego za lipiec 1945 r., s. 66.

¹⁵ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 135, Protokół z II konferencji przedstawicieli rad zakładowych i związków zawodowych woj. śląsko-dąbrowskiego (1 lipca 1945 r.), s. 171.

¹⁶ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/208, Sprawozdanie KW PPR w Łodzi za sierpień 1945 r., s. 24.

¹⁷ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/13, Sprawozdanie instruktora KC PPR Krupy Stanisława z pobytu w województwie śląsko-dąbrowskim od dnia 14 do 25 sierpnia 1945 r., s. 41.

¹⁸ AAN, KC PPR sygn. 295/XIII/7, Sprawozdanie z pobytu w woj. śląsko-dąbrowskim i krakowskim od 3 do 18 stycznia 1946 r. tow. Czerwińskiego, s. 1-3.

Die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter mit den Gewerkschaftsorganisationen resultierte zum einen aus der Tatsache, daß diese kaum als Interessenvertreter der Werktätigen, sondern viel mehr als Anwälte der politischen Machthaber fungierten. Zum anderen hatte sie ihren Grund in dem Tatbestand, daß viele Betriebsratsmitglieder demoralisiert waren und häufig ihre Positionen als Sprungbrett zur Erlangung persönlicher Vorteile benutzten. Selbst die Kommunisten schätzten ein, die in der Mehrheit aus Mitgliedern der PPR bestehenden Räte wären demoralisiert, "hätten sich kompromittiert und korrumpiert". In einem Bericht über die Lage im Bergbau wurde im September 1945 gemeldet, daß "die Parteimitglieder in den Betriebsräten die Probleme nicht zweckdienlich aufgreifen und auf diese Weise zu Ruhestörungen unter den Belegschaften unserer Bergwerke beitragen... Wie festgestellt werden konnte, stellen die Mitglieder einiger Betriebsräte ihre eigenen Interessen über die der gesamten Belegschaft. Ein solches Verhalten versetzt die Belegschaften in Aufruhr und ist auch der Grund für die Zusammenstöße in den Bergwerken"¹⁹. Mitglieder der Betriebsräte ließen sich hohe Prämien auszahlen, nahmen ungerechterweise Vorteile bei der Verteilung nur unzureichend vorhandener Waren in Anspruch und protegten ihnen zugetane Personen. Gewöhnlich rekrutierten sich jene Personen, die in Leitungsfunktionen aufstiegen, aus den Betriebsräten. Die Folge war, daß die Betriebsräte von den Arbeitern ignoriert wurden und sie direkte Hilfe bei den Arbeitsinspektoren unter Umgehung der Gewerkschaftsorganisationen suchten. Dies war – wie auf einer Sitzung des Exekutivkomitees des KCZZ im Juni 1945 geurteilt wurde – "kein erfreuliches Phänomen"²⁰. Als "Zeichen des Protestes" wurden willkürliche Arbeitszeitverkürzungen und die Bedienung einer geringeren Anzahl von Maschinen (z.B. in der Textilindustrie 2 statt 4 Maschinen) vorgenommen. Gelegentlich erhob man die Forderung, die Betriebsräte aufzulösen, und die Drohung, eigene Gewerkschaftsvertretungen zu berufen.

Binnen weniger Monate verloren die Betriebsräte und die Gewerkschaften, die ihre von den Kommunisten bestimmten politischen und ökonomischen Funktionen erfüllten, jeglichen Einfluß auf die Einstellung und die Haltung der Arbeiter. Spektakuläres Anzeichen hierfür war die seit April 1945 anschwellende Welle von Streiks, denen die Gewerkschaftsorganisationen nicht erfolgreich entgegenwirken konnten. Dies war wohl eine der Hauptursachen dafür, daß die Behörden ihre Taktik gegenüber der Gewerkschaftsbewegung veränderten. Ausgangspunkt waren die Beschlüsse des Mai-Plenums des ZK der PPR, einen breiteren Kreis von Vertretern sog. demokratischer Parteien zu den Machtstrukturen zuzulassen. Dadurch wurde eine Konkurrenz zwischen den Parteien ermöglicht, namentlich in solchen Institutionen, bei denen zumindest theoretisch die Leitungen gewählt wurden. Für die Kom-

¹⁹ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/29, Sprawozdanie Wydziału Przemysłowego KW PPR w Katowicach za wrzesień 1945 r., s. 195.

²⁰ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Prezydyjalny sygn. 22, Protokół z posiedzenia Wydziału Wykonawczego KCZZ (15 stycznia 1945 r.), s. 6.

munisten konnte der bisherige Funktionsmechanismus der Gewerkschaften und der Betriebsräte zum völligen Verlust ihrer Einflüsse führen. Auf der Sekretariatssitzung des ZK der PPR vom 23. Juni 1945 wurde die bisherige Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung scharf kritisiert. Der Sekretär des ZK Roman Zambrowski warf den der PPR angehörenden Gewerkschaftsfunktionären mehr oder weniger vor, sie würden „in Polen den Gewerkschaften einen falschen Platz in der allgemeinen Hierarchie der Probleme einräumen“, weil sie den sowjetischen Vorbildern nacheiferten. Dabei warnte er, „falls die Gewerkschaften keine richtige Position finden, werden wir die Arbeiterklasse nicht hinter uns haben“²¹. Im entsprechenden Beschluß wurde u.a. erklärt: „Das Sekretariat des ZK der PPR stellt fest, daß die politische Linie der Partei hinsichtlich des Charakters und der Rolle der Gewerkschaftsbewegung durch eine Reihe von Parteiorganisationen und verantwortlichen Funktionären entstellt worden ist, indem man die Gewerkschaften zum Beiwerk der staatlichen Wirtschaftsorganisationen machte. Eine derartige Rolle der Gewerkschaftsbewegung trennt sie von den Arbeitermassen, macht sie zu geeigneten Objekten einer feindlichen Propaganda reaktionäres Elemente; damit droht auch eine schwächere Verbindung unserer Partei zu den Arbeitermassen. Um dem entgegenzuwirken, muß man erreichen, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften möglichst rasch und für die Massen erkennbar ein Profil erhält, das ihren wesentlichen Zielen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Struktur des Landes entspricht“. Empfohlen wurde die Verfolgung des Ziels, „eine dauerhafte Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen“ zu erreichen, und zwar durch die Festlegung erträglicher Arbeitsbedingungen und Löhne, durch die Gewährleistung der notwendigen Versorgung mit Lebensmitteln und die gerechte Zuteilung von Wohnungen. Dies sollte von einem Ausbau der sozialen Gesetzgebung und einer Erhöhung des kulturellen Niveaus der Arbeiter und der Beschäftigten begleitet sein“²². So sehr man an der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter zweifeln kann, so wurden diese doch mit Sicherheit von den Gewerkschaftsfunktionären auf zentralen Ebenen in Anspruch genommen. Bei passender Gelegenheit wurde eine „Revision der bisherigen Gehälter“, eine „Zuweisung entsprechender Wohnungen“ sowie eine „angemessene Versorgung mit Lebensmitteln und Waren des täglichen Bedarfs, insbesondere bei Bekleidung und Wäsche“, angeordnet. In der Leitung der PPR mehrten sich in den folgenden Monaten die kritischen Stimmen. Auf dem Plenum des ZK der PPR im Juli, 1945 warf Władysław Gomułka den Gewerkschaften vor, sie seien „eine Agentur des Industrieministeriums“. „Dies schuf günstige Bedingungen für die Reaktion. Die Partei und die Gewerkschaften müssen die Arbeiterinteressen verteidigen“. Roman Zambrowski empfahl, „die Gewerkschaften und die Betriebsräte mußten alle Möglichkeiten aus-

²¹ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/1, Protokół z posiedzenia sekretariatu KC (23 czerwca 1945 r.) – wystąpienie R. Zambrowskiego, s. 37-40.

²² AAN, KC PPR sygn. 295/VII/5, Uchwała sekretariatu KC PPR o pracy organizacji partyjnej w KCZZ (23 czerwca 1945 r.), s. 12-13.

schöpfen, um in den Fabriken selbst kleine, aber wesentliche Fragen aufzugreifen, um die Direktoren der Vereinigungen an der Gurgel zu fassen dies müßten auch die Arbeiter so sehen.“ Auch der Industrieminister Hilary Minc ermunterte die Gewerkschaften “zu aktiverem Vorgehen bei der Verteidigung der arbeitenden Massen“²³. In Ton und Inhalt ähnliche Vorwürfe formulierte man auch auf der Sekretariatsitzung des ZK der PPR vom 3./4. Juli 1945, dem Plenum des ZK der PPR vom 3./4. Oktober 1945 und auf der Landestagung der Gewerkschaften am 26. Oktober 1945. Auf dem I. Parteitag der PPR im Dezember 1945 wurde den Gewerkschaften überdies Bürokratismus und den kommunistischen Funktionären Sektierertum vorgeworfen.

Die Kritik an den Gewerkschaften und die Aufforderungen zu größerer Aktivität konnten nur wenig an der materiellen Situation der Werktätigen verändern. Sie hing nur in geringem Maße von der Qualifikation oder dem Engagement der Gewerkschaftsfunktionäre ab. Eine wirkliche Verbesserung konnte allein infolge einer Revision der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik herbeigeführt werden. Mit der Aufforderung zur Tat empfahl die Leitung der PPR der Gewerkschaftsführung, “nicht zu vergessen, daß die Industrie hauptsächlich in den Händen des Staates verbleibt, konkret in der Verfügungsgewalt des Ministers, der unserer Partei angehört“. Man muß “eine gesunde, ohne Demagogie geführte Kritik üben“ und “die realen Möglichkeiten einer Versorgung durch den Staat einschätzen“ usw.²⁴. Für den Fall, daß man sich an diese Hinweise hielt, wurde eine reale Verbesserung der Lage unmöglich. Von der Ratlosigkeit der Gewerkschaftsbewegung zeugen ihre Handlungen. Übereinstimmend mit der damals von den Kommunisten eingeschlagenen Taktik wurde versucht, die Verantwortung für die bestehenden Schwierigkeiten der sog. Reaktion zuzuschieben. Während einer Landestagung von Gewerkschaftsfunktionären der PPR im Oktober 1945 klagte Edward Ochab die Reaktion an, “sie hindere uns an der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse“, u.a. durch “Versuche, die Städte auszuhungern, durch Sabotage bei den Kontingentierungen, durch Anstachelung der Unzufriedenheit, um die Arbeiterklasse mit der Regierung zu entzweien“, “durch Bestrebungen, Streiks auszurufen“, “durch die Restitution des verlorenen Auslandskapitals“, “die Vernichtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Polens“ usw. Zugleich beklagte er, “daß ein kleiner Teil von Arbeitern manchmal von faschistischen Phrasen eingekullt wird“²⁵. Gewöhnlich wurden in der Propaganda reale und imaginäre politische Feinde sowie wirtschaftliche und kriminelle Verbrecher in einen Topf geworfen. Angesichts der allgemein fehlenden gesellschaftlichen Akzeptanz des Regimes und jedweder objektiver Kriterien für Verfehlungen – die Berechtigung der erhobenen Beschuldigungen ausgenommen – konnte nahezu jeder als Faschist oder Spekulant angesehen werden. Für die kommunistischen Gewerkschaftsfunktio-

²³ AAN, KC PPR sygn. 295/II/3, Protokół plenum KC PPR (11-12 lipca 1945 r.), s. 19, 25, 37.

²⁴ Tamże.

²⁵ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/8, Protokół z I Krajowej Narady Związkowców (26 października 1945 r.), s. 5.

näre waren “Händler“, “Terroristen“ und “Schieber“ z.B. schon solche Personen, die am 1. August 1945 – dem ersten Jahrestag des Warschauer Aufstandes – ihre Läden schlossen oder zur Schließung in der Hauptstadt anregten²⁶.

Auch das Jahr 1946 brachte keine generelle Veränderung des Verhältnisses der Beschäftigten zu den Gewerkschaftsorganisationen. Denn weder die Lebensmittelversorgung noch die Löhne befriedigten die grundlegenden Bedürfnisse der Arbeitenden und ihrer Familien. Daran änderte sich trotz der stärkeren Repräsentanz sozialistischer und parteiloser Funktionäre in den Gewerkschaftsstrukturen nichts, auch wenn für sie in der Mehrheit die Hauptaufgabe der Gewerkschaften darin bestand“, traditionell die Verteidigung der materiellen Interessen der Beschäftigten wahrzunehmen. Schon 1945 zeichneten sich in einigen Betrieben (z.B. in Krakau) unterschiedliche Methoden beider Parteien bei der Verteidigung der Belegschaftsinteressen ab. Während die PPR-Organisationen darauf eingestellt waren, “in unsere Wirtschaftspolitik Produktivität, Rentabilität und Disziplin“ einzuführen, stellten die Sozialisten “an die erste Stelle die Versorgung und machten sie von der Produktivität und der Disziplin abhängig“²⁷.

In Betrieben in Schlesien wollten die Mitglieder der PPS dadurch an Popularität gewinnen, “daß sie die Arbeiter auf die gegenwärtig schwierige Lage hinweisen und dabei jeden Fakt ausnutzen: die niedrigen Löhne, die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln, den Mangel an Bekleidung, Schuhen usw. Wenn die PPR den Leuten die schwierige wirtschaftliche Situation erklärt, führt dies zu Empörung bei der Belegschaft...demgegenüber hören sie die PPS-Mitglieder gern an und spenden bei Versammlungen Beifall, während sie unsere Mitglieder nicht einmal zu Wort kommen lassen wollen“²⁸. In einigen Betrieben, in denen die PPS-Mitglieder eine bessere Lebensmittelversorgung verlangten, sprach man vom “PPR-Brot“. Wie der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft Jahre später berichtete, beteiligten sich an allen Versammlungen und Arbeitermeetings in der Regel Gewerkschaftsfunktionäre beider Parteien. Dabei ergriff als erster der PPS-Mann das Wort, ihm folgte der PPR-Vertreter“, denn in vielen Fällen erschwerten uns die PPS-Leute die Arbeit, weil sie die Probleme auf den Kopf stellten. Gelegentlich nutzten sie die schwierigen Bedingungen aus, um Unruhen oder Streiks hervorzurufen. Der PPR-Akteur mußte die Fakten erklären, um Zusammenstöße zu verhindern, und hatte sich dabei auch der Mitwirkung seines PPS-Mitstreiters zu versichern“²⁹.

²⁶ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Prezydyalny sygn. 18, Plenum KCZZ (31 sierpnia – 1 września 1945 r.), s. 6.

²⁷ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/181, Sprawozdanie KM PPR w Krakowie za okres 20 maja – 20 czerwca 1945 r., s. 11.

²⁸ AAN, Ministerstwo Przemysłu i Handlu (dalej MPiH) sygn. 149, Sprawozdanie z działalności wydziału personalnego Walcowni Renard (30 października 1945 r.), s. 99-100; AAN, KC PPR sygn. 295/IX/127, Sprawozdanie KW PPR Śląska Dąbrowskiego za październik 1945 r., s. 91.

²⁹ Biblioteka Specjalistyczna Związków Zawodowych (dalej BSZZ), sygn. 482, Wspomnienia J. Szcześniaka, s. 4-5.

Mit der wachsenden gesellschaftlichen Unterstützung für die PPS verschärfen sich 1946 die Beziehungen zwischen beiden Parteien innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Charakteristisch war die Zunahme von Konflikten zwischen den von den Sozialisten dominierten Betriebsräten und den unteren Instanzen der Gewerkschaftsbewegung, deren Leitungsstrukturen zumeist von Kommunisten beherrscht wurden. Diese Auseinandersetzungen verstärkten die Ratlosigkeit der PPS-Funktionäre, die in der zentralisierten staatlichen Leitung praktisch keinerlei Einfluß auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter hatten. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit, wo Kollektivverträge über die Arbeitsbedingungen und die Löhne hauptsächlich von den örtlichen Gewerkschaftsfunktionären abhingen, fiel nach dem Kriege der Abschluß solcher Verträge ausschließlich in die Kompetenz der Hauptvorstände der Gewerkschaften und der zentralen Behörden, die die verschiedenen Bereiche des Wirtschaftslebens leiteten. 1937 wurden 1.432 Verträge unterzeichnet, die zumeist nur einen Betrieb betrafen. Ihr endgültiger Inhalt, der die Rechte der Beschäftigten festlegte, ergab sich sowohl aus dem Zusammenwirken als auch aus der Rivalität der verschiedenen Gewerkschaften, die damals in den Betrieben tätig waren. Wenn eine Verständigung nicht zustande kam, war der Arbeitgeber damals gezwungen, einen Kollektivvertrag anzuwenden, der für die Beschäftigten am günstigsten war³⁰. In der neuen politischen Situation nach Beendigung des Krieges gingen die Rechte, Kollektivverträge abzuschließen, an die zentralen Wirtschafts- und Gewerkschaftsinstitutionen über. Die ausgehandelten Bedingungen waren für alle Beschäftigten der jeweiligen Branche verbindlich. Es kam vor, daß einige Verträge, die allzu günstige Festlegungen für die Arbeitnehmer enthielten, vom KCZZ blockiert wurden. Nebenbei bemerkt, verpflichteten die Gewerkschaftszentralen Ende August 1945 die Hauptvorstände der Branchengewerkschaften, die Verträge vorher zur Billigung einzureichen. Die paradoxe Situation, daß sich die Leitung der Gewerkschaften mit der Einschränkung der Rechte der Arbeitnehmer beschäftigte, illustriert wohl am besten die veränderte Rolle der Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Kriege. Hinzugefügt sei, daß nach der in der Vorkriegszeit geltenden polnischen Gesetzgebung (dem Gesetz über die Arbeitskollektivverträge vom 14. April 1937) das Recht, einen Kollektivvertrag seitens der Arbeitnehmer abzuschließen, nur solche Gewerkschaftsorganisationen besaßen, die organisatorisch, ideell und finanziell vom Arbeitgeber unabhängig waren. Dabei ging es darum, daß die Interessen der Beschäftigten von tatsächlichen und nicht fiktiven Gewerkschaftsorganisationen wahrgenommen wurden. Die Kuriosität der Nachkriegssituation bestand darin, daß die damals tätigen Gewerkschaften angesichts ihrer völligen Abhängigkeit vom Staat, der damals der Hauptarbeitgeber war, im Lichte des erwähnten Gesetzes (von 1937) keine "Vertragsfähigkeit" besaßen³¹. Ein Beispiel hierfür waren die für die Arbeiter günsti-

³⁰ W. Masewicz, *Układy zbiorowe pracy*, Warszawa 1970, s. 10-22; *Mały Rocznik Statystyczny 1939*, Warszawa 1939, s. 272.

³¹ W. Masewicz, *Położenie prawne związków zawodowych w Polsce w latach 1918-1939*, Warszawa 1972, s. 193-194.

gen Regelungen über den Urlaub. "Es genügt, daß jemand im Industrieministerium äußerte, dies würde etwa vier Millionen Arbeitstage kosten, weshalb unsere Genossen in den Fabriken sofort meinten, man dürfe keinen Urlaub geben." Auf der Sitzung des ZK der PPR im Februar 1946 äußerte Kazimierz Witaszewski, "wir sind Mitglieder der Partei, verfechten die Parteilinie wir wissen, was wir geben können und was nicht." In den Vorständen der Branchengewerkschaften bildeten Funktionäre eine stattliche Gruppe, die zugleich Leitungsfunktionen in der Industrie bekleideten. So gab es in der Exekutivabteilung des Hauptvorstandes der Metallarbeitergewerkschaft sechs Fabrikdirektoren³².

Das Fehlen systematischer Lösungen bei den Löhnen und – allgemeiner gesagt – den Existenzbedingungen der Beschäftigten ergab sich aus dem Verhältnis zwischen dem Wirtschaftszentrum und den Gewerkschaftsleitungen, deren Beziehungen niemals auf Gleichberechtigung beruhten. Diese Lage war das Ergebnis der allgemeinen Prioritäten, die von der engeren Führung der PPR bestimmt wurden. Obwohl kommunistische Funktionäre der Gewerkschaften Mitglieder der höchsten Parteigremien waren, hatten sie auf die Wirtschaftspolitik nur minimalen Einfluß. Trotz der Kritik einiger Mitglieder von Betriebsräten und Gewerkschaften an dem angewandten Lohnsystem reagierte sein Autor, der Russe Korniejew (der im Industrieministerium Departementsdirektor war und nach WiN nicht einmal die polnische Sprache beherrschte) mit der Feststellung, "es werde sich niemand nach ihren Ansichten richten. Es muß so verfahren werden". (Das System war eine Kopie sowjetischer Lösungen und sollte die Produktivitätssteigerung stimulieren. Die Grundlöhne wurden auf einem äußerst niedrigen Niveau festgesetzt; ausgebaut wurde hingegen ein System von Prämien, die je nach Erfüllung und Übererfüllung der Normen ausgezahlt wurden.) In der Schlüsselfrage bei der Vorbereitung auf die Ziele des Dreijahrplanes "beschränkte sich die Mitwirkung des KCZZ [...]" – wie selbstkritisch angemerkt wurde – "an einem allgemeinen Beschluß seines Plenums, in Erklärungen im Landesnationalrat und einer Reihe von Zeitungsartikeln". In ihnen wurde die Erhöhung von Investitionen und ein verstärkter Export gefordert, weil "die werktätigen Massen wiederholt Verständnis für gewisse Einschränkungen bewiesen haben, die sich aus dem Charakter unseres Exports ergeben"³³. Selbst bei der Formulierung von Grundsätzen der Wirtschaftspolitik, die von der Führung der PPR akzeptiert worden waren, wurden die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung vom Wirtschaftsapparat ignoriert. Auf der Sitzung des ZK im November 1946 beklagte sich Kazimierz Witaszewski: "Es war beschlossen worden, daß die Gewerkschaften

³² AAN, KC PPR sygn. 295/II/5, Protokół plenum KC PPR (10 lutego 1946 r.), s. 61-62, 66; Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 266, Sprawozdanie instruktora KCZZ z posiedzenia Wydziału Wykonawczego ZG ZZ Metalowców (6-7 sierpnia 1946 r.), s. 90.

³³ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/147, Prospekt referatu rola i zadania związków zawodowych (czerwiec 1947 r.), s. 70; W. Sokorski, *Nasze stanowisko wobec planu odbudowy gospodarczej*, „Robotniczy Przegląd Gospodarczy” 1946 nr 5, s. 6-9; AP Kraków, *Wolność i Niezawisłość* (dalej WiN), sygn. 42, Województwo Śląskie. Bezpieczeństwo (sierpień 1945 r.), s. 8.

das Stimm“ und Entscheidungsrecht im Ökonomischen Rat haben würden, aber in der Praxis sieht das so aus, daß man uns überrumpelt; über verschiedene Fragen erfahren wir im letzten Augenblick“³⁴.

Die Entmachtung der zentralen Gewerkschaftsinstanzen (des KCZZ und der Hauptvorstände) bedeutete bei der zentralisierten Leitung der Gewerkschaftsbewegung, daß praktisch auf den unteren Organisationsebenen wirksame Instrumente zur Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen fehlten. Die zentral unterzeichneten Kollektivverträge brachten die untersten Gewerkschaftsinstanzen, die in den Betrieben tätig waren, in eine sehr schwierige Situation. Wie der Vorsitzende eines Betriebsrates feststellte, konnten sie lediglich darüber wachen, ob die Bestimmungen des Kollektivvertrages eingehalten wurde“ auf eine Verbesserung der Existenzbedingungen der Beschäftigten hatte der Rat jedoch keinerlei Einfluß“ aber “alle Abweichungen vom Vertrag sind unzulässig die Rechtsbrecher haben sich vor dem Staatsanwalt wegen vorsätzlicher Schädigung des öffentlichen Interesses zu verantworten“³⁵. Das Hauptproblem bestand darin, daß die Kollektivverträge nicht einmal ein Existenzminimum garantierten.

In diesem Zusammenhang muß man die in der 2. Hälfte der 40-er Jahre allgemein verbreitete Untätigkeit der Gewerkschaftsfunktionäre betrachten. Einerseits einem enormen Druck der Belegschaften ausgesetzt, die eine Verbesserung der Lebensbedingungen forderten, andererseits jeglicher Handlungsmöglichkeiten beraubt und obendrein von den höheren Gewerkschafts- und Parteiinstanzen sowie den Sicherheitsbehörden streng kontrolliert, vermieden sie zumeist den Kontakt mit den Arbeitern und taten einfach nichts. In der 2. Hälfte des Jahres 1946 beriefen in den Betrieben von Łódź die Räte in der Regel keine Versammlungen ein, weil – wie ein Betriebsratsmitglied der großen Textilfabrik “Poznański“ erklärte – “derzeit Ruhe herrscht; wenn man eine Versammlung einberuft, ertönen Pfiffe und Schreie, und es kann zu Zusammenstößen kommen.“ Im Jargon der PPR wurde dieses Phänomen mit dem Begriff der “Furcht vor den Massen“ bezeichnet. Während des Plenums des ZK der PPR im Oktober 1946 schätzte der Vorsitzende des KCZZ Witaszewski die Lage so ein: “Es ist schlecht, daß sich die Hauptvorstände vor den Betriebsräten und diese sich vor den Arbeitern fürchten“³⁶. Bei einer sechs Monate später stattfindenden landesweiten Beratung des Gewerkschaftsaktivs der PPR bekannte Roman Zambrowski schließlich, daß die Gewerkschaftszugehörigkeit der Beschäftigten in vielen Fällen “fiktiv“ ist, weil “darüber niemand etwas weiß außer dem Kassierer“, der pflichtgemäß die Beiträge eintreibt. Einige Funktionäre lehnten es einfach ab, sich in die Fa-

³⁴ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/2, Protokół posiedzenia sekretariatu KC PPR (15 listopada 1945 r.) – wystąpienie K. Witaszewskiego, s. 278.

³⁵ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 71, Sprawozdanie Prezesa Rady Zakładowej ob. Korbika wygłoszone na zebraniu fabrycznym w Gazowni Miejskiej w Poznaniu (26 marca 1946 r.).

³⁶ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/2, Protokół z posiedzenia sekretariatu KC PPR (18 października 1946 r.) – wystąpienie K. Witaszewskiego, s. 207.

briken zu begeben; einige äußerten: "Ich gehe nicht auf die Grube, weil sie mich in den Schacht werfen"³⁷. Das waren keineswegs unbegründete Befürchtungen, wovon sich der Vorsitzende des Hauptvorstandes der Bergarbeitergewerkschaft überzeugen konnte, der im Februar 1946 gemeinsam mit dem Wojewodschaftssekretär der PPR und dem Chef des Sicherheitsdienstes in Kattowitz an einem Meeting der Bergleute der Grube "Paris" teilnahm. Die aufgeputschte Belegschaft hielt die Delegation über 8 Stunden auf einer eiskalten provisorischen Rednertribüne fest wenn jemand von ihnen das Wort ergreifen wollte, ertönten im Chor Rufe wie "in den Schacht mit ihnen"³⁸. Im April 1947 klagten Funktionäre des Hauptvorstandes der Metallarbeiter darüber, "daß die Leute zusammenbrechen und fliehen wollen. In den Fabriken sind die Leute den Gewerkschaften gegenüber feindselig eingestellt; Vertreter der Gewerkschaften werden mit Fäusten traktiert. Uns und Pilat (den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft) wollten sie verprügeln. Ursache sind die geringen Einkommen... Sie sagen den Funktionären: Wir wollen essen"³⁹. Es kam sogar vor, daß Mitglieder der PPR die Annahme "irgendwelchen Gewerkschaftsmandaten ablehnten. Bemerkenswert sind die Schlußfolgerungen eines Arbeitsinspektors, der in einem Bericht für 1947 feststellte: "Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist schwach, sie beschränkt sich auf zweitrangige Aufgaben; die Verteidigung des Arbeiters ist Sache der Zentrale. Das Fehlen jeder Konkurrenz führt allmählich zu einer unvermeidlichen Passivität, die der Tätigkeit der Behörden entspricht. An Beispielen, daß die Gewerkschaften bei Auseinandersetzungen nicht den Arbeiter unterstützen, mangelt es nicht"⁴⁰. Die Unzufriedenheit mit den offiziellen Gewerkschaftsstrukturen (die in einigen Regionen als "Peitsche gegen die Arbeiter" angesehen wurden) war derart groß, daß die Beschäftigten trotz der damit verbundenen Gefahren bemüht waren, eigene Vertretungen für Verhandlungen mit den Betriebsdirektionen zu bilden. Während der Tagung der Exekutivabteilung des KCZZ im April 1947 wurde darüber informiert, "daß eine Aktion gegen die Arbeiterparteien im Gange ist, die Parteilosen mobilisiert werden und diese als Gewerkschaft auftreten. Man wählt Delegationen, die außerhalb der Gewerkschaft Verhandlungen führen sollen. Wir Gewerkschafter sind heute in einer sehr schwierigen Lage"⁴¹.

³⁷ AAN, KC PPR sygn. 295/XIII/1, Stenogram z Krajowej Narady Działaczy Związkowych (10 kwietnia 1947 r.) – wystąpienie R. Zambrowskiego, s. 15.

³⁸ J. Szczęśniak, *PPR-owcy Zagłębia i Górnego Śląska w walce o jednolity ruch zawodowy 1945-1946*, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1972 nr 1 (41), s. 21.

³⁹ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Prezydyjalny sygn. 83, Stenogram z posiedzenia Wydziału Wykonawczego KCZZ (25 kwietnia 1947 r.), s. 25.

⁴⁰ AAN, MPiOS sygn. 750, Sprawozdanie opisowe z działalności XIV Okręgu Inspekcji Pracy Dolny Śląsk za 1947 r., s. 3.

⁴¹ Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Prezydyjalny sygn. 83, Stenogram z posiedzenia Wydziału Wykonawczego KCZZ (25 kwietnia 1947 r.), s. 22; W. Sokorski, *Czy kryzys rad zakładowych*, „Związkowiec” nr 20 (82) z dnia 11 maja 1947 r.

Quelle der Konflikte zwischen den relativ pluralistischen untersten Zellen der Gewerkschaftsbewegung und den übergeordneten, von Kommunisten beherrschten Instanzen war deren einseitige ideologische Ausrichtung. Zu einem aufschlußreichen Streit zwischen dem Betriebsrat der großen Metallfabrik "Fablock" in Chrzanów und dem Hauptvorstand der Metallarbeitergewerkschaft kam es Ende 1947. Die Gewerkschaftsbehörden kritisierten die Betriebsratsfunktionäre wegen ihrer übermäßigen Aktivität bei der Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen und ihrem Widerstand gegen die Eingriffe des Leiters der Personalabteilung in Gewerkschaftsangelegenheiten. In der Antwort auf das vorwurfsvolle Schreiben hielt der Rat dagegen: "Die Konflikte hatten verschiedene Hintergründe. Ihrer Meinung nach mögen sie lächerlich und merkwürdig erscheinen, was davon zeugt, daß Sie nicht unmittelbar mit der Belegschaft Kontakt haben und nicht wissen, wie die persönlichen Anliegen der Arbeiter zu klären sind; auf diesem Felde besitzen wir reiche Erfahrungen." Tatsächlich hatte dieser Konflikt einen tieferen Hintergrund. Der mehrheitlich aus PPS-Mitgliedern bestehende Rat (von 24 Personen gehörten 22 der PPS an) wollte die politische Linie des Vorstandes nicht akzeptieren und warf ihm u.a. vor: "Ihr untergrabt selbst die Bedeutung der Gewerkschaften als überparteiliches und zutiefst demokratisches Organ, das die Verfassungsformen und die Interessen der werktätigen Massen verteidigt. Ihr lebt unter dem Einfluß politischer Faktoren und seid nicht in der Lage, Eure Position in ihrem demokratischen Gewande zu bewahren. Ihr seid unfähig, Euch Ansehen und Bedeutung bei unseren Staatsbehörden zu verschaffen, und daraus resultiert Euer und folglich auch unser Marionettendasein [...] Wir haben den Eindruck, daß Ihr nicht wollt oder zu bequem oder unfähig seid, [...] zu intervenieren. Es ist wenig verwunderlich, daß die Belegschaft an der Notwendigkeit der Existenz der Gewerkschaften zweifelt, zumal sie jeden Tag an Charakter verlieren"⁴². Ein derart entschiedenes Auftreten war nur deshalb möglich, weil der Betriebsrat einhellig von der Belegschaft unterstützt wurde. "Wir sind zwar nicht 'in nomine', aber gewählte Vertreter der Belegschaft und werden keinesfalls zulassen, daß man uns übergeht...1. In der Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsrat und den höheren Gewerkschaftsinstanzen konnten die Räte erfolgreich dem Druck standhalten, sofern sie von den PPS-Vorständen unterstützt wurden. Als sich der Einfluß der PPS abschwächte, standen die oppositionellen Betriebsräte auf verlorenem Posten. Der landesweit bekannte Konflikt im "Fablock" endete am 17. Dezember 1947 mit einem Streik, dem eine personelle "Säuberung" folgte – der Betriebsrat wurde aufgelöst. Ein neuer Betriebsrat, in dem 18 von der PPR nominierte Personen vertreten waren, wurde von der Belegschaft nicht akzeptiert. Dies brachte sie während eines Meetings im August 1948 zum Ausdruck. Während der Ansprache des Betriebsratsvorsitzenden (einem Mitglied der PPR) "begannen die Arbeiter vor der Tribüne zu murren und rücksichtslos auf den Fingern zu pfeifen. Angesichts

⁴² Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 390, Pismo rady zakładowej Fabryki Lokomotyw „Fablock” w Chrzanowie do ZG CZZM (13 listopada 1947 r.), s. 286-287.

dieser feindseligen Einstellung der Arbeiter zum Betriebsrat hörte der Vorsitzende zu reden auf; der Belegschaft ebenso ablehnend gegenüberstehend, forderte er zu weiteren Pfiffen auf; natürlich wurde – zur allgemeinen Freude der Krakeeler und Aufwiegler – vor der Nase des Vorsitzenden weiter gepfiffen, was die Gewerkschaften in ein sehr schlechtes Licht rückte⁴³.

Eine extreme Form der Instrumentalisierung der Gewerkschaftsbewegung war die Einbindung ihrer Strukturen in die Organisation und Durchführung von Arbeitswettbewerben. Erste Versuche, das sowjetische Modell, die Arbeitsproduktivität durch eine sog. Mobilisierung der Massen zu heben⁴⁴, auf polnischen Boden zu übertragen, fanden bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1945 statt. Es fällt schwer einzuschätzen, inwieweit dies durch den Wunsch motiviert war, die Methoden des fahrenden“ Landes des Sozialismus zu übernehmen, oder ob dies eine klägliche Reaktion auf die damals äußerst niedrige Arbeitsproduktivität darstellte. Seit März 1945 wurden auf Empfehlung der PPR-Komitees in verschiedenen Fabriken und Bergwerken “von unten her“ Aktionen initiiert, die auf eine höhere Arbeitsproduktivität abzielten. So rief u.a. das Gewerkschaftsaktiv der “Friedenshütte“ am 14 März alle Hüttenwerker dazu auf, die Produktivität um 25 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand zu erhöhen. Im Mai 1945 richtete ein Hauer der Grube “Grodziec“ an andere Bergleute den Appell, die Förderleistung und die Arbeitsdisziplin zu erhöhen. Die Belegschaft von “Scheibler und Grohmann“ unterschrieb im April 1945 einen Vertrag mit den Beschäftigten der “Geyer“-Betriebe über einen “Wettbewerb vor dem 1 Mai in dem sich beide Belegschaften verpflichteten, die Arbeitsdisziplin zu erhöhen, für Sauberkeit und Ordnung am Arbeitsplatz zu sorgen, den Ausschuß zu senken und den Produktionsplan zu erfüllen. Ende Juni 1945 initiierte der Hauptvorstand der Metallarbeitergewerkschaft in der Hüttenindustrie einen Wettbewerb um eine “Wanderfahne vorbildlicher Arbeit“⁴⁵. Diese Aktivitäten stießen – trotz der Propagandaaktionen in der Presse und Gratifikationen durch Zuteilung von Mangelwaren – nur auf minimale Zustimmung bei den Arbeitern. Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit der Belegschaften mit der Politik der Behörden waren die Chancen einer Entwicklung der Wettbewerbsbewegung sehr gering. Dies war wohl auch eine der Hauptursachen dafür, daß man die Weiterführung der gesamten Aktion einstellte.

⁴³ AAN, KC PPR sygn. 295/VII/144, Pismo M. Czerwińskiego (18 grudnia 1947 r.), s. 145-146; AAN, KC PPR sygn. 295/IX/182, Sprawozdanie opisowe Komitetu Fabrycznego „Fablock” w Chrzanowie (1948 r.), s. 20-24; Archiwum OPZZ, KCZZ Wydział Organizacyjny sygn. 486, Protokół z zebrania w Fabryce Lokomotyw „Fablock” w Chrzanowie (19 sierpnia 1948 r.), s. 95-96.

⁴⁴ E. Gorczyca, *S.G. Strumilin a początki planowania radzieckiego na tle dyskusji lat dwudziestych*, Warszawa 1982, s. 187.

⁴⁵ E. Gudziński, *Związki zawodowe wobec problemu aktywizacji produkcyjnej załóg robotniczych (1945-1948)*, „Kwartalnik Historii Ruchu Zawodowego” 1981 nr 4 (80), s. 26-27; AAN, KC PPR sygn. 295/XI/29, Sprawozdanie KW PPR w Katowicach za czerwiec 1945 r., s. 32-33; AAN, KC PPR sygn. 295/IX/228, Sprawozdanie miesięczne KW PPR w Łodzi za wrzesień 1945 r., s. 43-44; AAN, KC PPR sygn. 295/IX/227, Sprawozdanie miesięczne Komitetu Łódzkiego za czas 1 października – 1 listopada 1945 r., s. 20.

In begrenzter Form hielt man die Wettbewerbsbewegung unter der Jugend aufrecht. Hierbei wurden Funktionäre des "Kampfbundes der Jungen" (Związek Walki Młodych, Abk.: ZWM) eingesetzt. Von August 1945 bis Dezember 1948 wurden 5 Etappen eines "Jugendarbeitswettbewerbs" (Młodzieżowy Wyścig Pracy, Abk.: MWP) durchgeführt, der 3 bis 6 Monate dauerte. In der ersten Etappe nahmen in 65 Betrieben 3.652 Personen teil. Dabei handelte es sich um sehr junge Leute, die relativ leicht manipuliert werden konnten. In der Wojewodschaft Łódź waren 43,9 Prozent von ihnen jünger als 18 Jahre. Auch die Ergebnisse kann man schwerlich als befriedigend ansehen, wenn man bedenkt, daß 36,8 Prozent der Teilnehmer die geforderte Norm nicht erfüllten⁴⁶. Im Januar 1946 wurde die Leitung des MWP durch das bei der Jugendabteilung des KCZZ geschaffene Hauptkomitee des MWP übernommen. Die zweite Etappe verlief bereits unter eindeutig politischen Losungen. Sie begann am Tage der Volksabstimmung vom 30. Juni 1946. Ihr Motto war die Aufforderung: "Wir durch unser Alter nicht zur Teilnahme an der Volksabstimmung Berechtigten bekunden durch unsere massenhafte Beteiligung am Arbeitswettbewerb auf diesem Wege unser dreimaliges Ja!" Von den über 40.000 Teilnehmern am Arbeitswettbewerb Übertrafen jedoch nur 25,1 Prozent die vorgegebene Norm⁴⁷. Trotz der von Etappe zu Etappe wachsenden Zahl der Wettbewerbsteilnehmer waren die ökonomischen Effekte der gesamten Aktion minimal. Der Wettbewerb stieß auch auf den Widerstand erfahrener Arbeiter. Unwillen erregte nicht nur der propagandistische Rummel, mit dem die Aktivisten trotz ihrer großen Jugend und der fehlenden Qualifikation hochgelobt wurden, sondern er resultierte auch aus der Überzeugung, daß eine Heraufsetzung der Normen auf Kosten der Qualität den Interessen der Arbeiter widerspricht.

Eine weitere Ankurbelung des allgemeinen Wettbewerbs leiteten die Kommunisten in der 2. Hälfte des Jahres 1947 ein. In der veränderten politischen Situation – nach der Zerschlagung der PSL und der Schwächung der PPS – war es möglich, sich auf eine Erweiterung der politischen Macht und auf den Aufbau eines kommunistischen Systems zu konzentrieren. Der Beginn der Aktion war der Aufruf des Bergmanns Wincenty Pstrowski vom 27. Juli 1947 an seine Arbeitskollegen, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Bereits am 22. August unterzeichneten die Hauptvorstände der Gewerkschaften der Berg- und Textilarbeiter eine Vereinbarung über einen branchenübergreifenden Wettbewerb⁴⁸.

Vier Monate danach veröffentlichte man die offiziellen Ergebnisse, Wonach die Bergleute Sieger wurden, da sie ihre Arbeitsproduktivität um 8 Prozent, die Werktätigen in der Textilindustrie aber nur um 2,1 Prozent steigerten. Man kann diese Fakten als schon damals allgemein übliche "Erfolgspropaganda" werten. Bemer-

⁴⁶ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/51, Ogólne dane statystyczne, ze specjalnym uwzględnieniem miasta Łodzi, dotyczące I-go etapu „Wyścigu Pracy”, s. 87-88.

⁴⁷ AAN, KC PPR sygn. 295/XIII/28B, Młodzieżowy Wyścig Pracy, s. 453-455.

⁴⁸ W. Sokorski, *Na nowym etapie współzawodnictwa*, „Związkowiec” nr 37 (99) z dnia 7 września 1947 r.; K. Kersten, *Narodziny systemu władzy. Polska 1943-1948*, Poznań 1990, s. 368.

kenswert ist, daß es während des Wettbewerbs im September 1947 zum größten Streik in der Textilindustrie kam, an dem sich über viele Tage 19 der größten Betriebe in Lodz beteiligten. Vom August bis zum Dezember 1947 streikten 9 Bergwerke und 39 Textilbetriebe. Eine Hauptursache für diese Aktionen waren Versuche, die Arbeiter zur Bedienung mehrerer Maschinen zu zwingen. Sogar ein Teil der PPR-Wirtschaftsfunktionäre war sich der negativen Auswirkungen eines solchen Vorgehens bewußt. Mieczysław Popiel bezeichnete sie als "linkes Abenteuer", das mit der "Brechtstange" organisiert worden ist⁴⁹. Die Arbeiter leisteten allgemein Widerstand. Ihr Haß konzentrierte sich auf die sog. Arbeiteraktivisten. Man war bestrebt, sie durch anonyme Briefe einzuschüchtern, "die neben vulgären Beleidigungen Drohungen gegen die Initiatoren der Wettbewerbe enthielten". Gelegentlich wurden sie Opfer von Aggressionen: Ein Trupp von Arbeitern schlug auf den sehr bekannten Aktivisten Apriasa ein, wobei man solche Ausdrücke wie "sowjetischer Onkel", "Kommunist" u.a. gebrauchte⁵⁰. Die Schläger wurden vom Sicherheitsdienst verhaftet. Einige Belegschaften widersetzten sich offen einer Beteiligung am Wettbewerb. In der Grube "Silesia" wurde der im Januar 1948 von der Direktion angeregte "Gedanke eines Wettbewerbs von den Arbeitern kategorisch abgelehnt [...] Man hörte Äußerungen wie: Wir wollen leben und nicht wie Pstrowski im Krankenhaus liegen [...] Wir werden arbeiten, aber fort mit jeglichem Wettbewerb"⁵¹. Der plötzliche Tod Pstrowskis wurde allgemein als Folge übermäßiger Anstrengungen angesehen. Verbreitet wurden sogar solche Schlagworte wie "Wenn du einen Tod ohne Sorgen (poln. beztroski) willst, dann arbeite wie Pstrowski"⁵².

Bezeichnend war die Haltung der Wirtschaftsadministration und der Gewerkschaftsfunktionäre zu ärztlichen Untersuchungen jener Personen, die für den Wettbewerb angeworben worden waren. Im Februar 1948 wurde die Herausgabe eines Rundschreibens unterbunden, das von der Sozialabteilung der Zentralverwaltung der Kohleindustrie vorbereitet worden war. In ihm wurde empfohlen, zur Teilnahme am Wettbewerb weder Frauen und Jugendliche noch Arbeiter mit einem Untergewicht von mehr als 15 Prozent zuzulassen. Angeordnet wurde auch eine allgemeine ärztliche Anfangsuntersuchung. Wie die Sicherheitsbehörden feststellten, war das Rundschreiben das Werk von PPS-Mitgliedern. Einer von ihnen war vor dem Kriege Arbeitsinspektor⁵³. Nebenbei bemerkt wurden im August 1948 auf Empfehlung des Arbeitsinspektors nach der Durchführung ärztlicher Untersuchungen in einem Metallbetrieb in der Wojewodschaft Łódź 40 Prozent der gemeldeten Wettbewerbsteilnehmer wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes von den Listen gestri-

⁴⁹ AAN, Relacje sygn. 172, Działalność Pełnomocnika Ministerstwa Przemysłu 1945-1946 – relacja M. Popiela, s. 103.

⁵⁰ Archiwum IPN w Warszawie (dalej IPN Warszawa), Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego Departament IV sygn. 38/1a, Sprawozdanie miesięczne Departamentu IV za październik 1947 r.; tamże: sygn. 38/2, Sprawozdanie Departamentu IV za czerwiec 1948 r.

⁵¹ Tamże, sygn. 38/2, Sprawozdanie Departamentu IV za styczeń 1948 r.

⁵² Tamże, Sprawozdanie Departamentu IV za kwiecień 1948 r.

⁵³ Tamże, Sprawozdanie Departamentu IV za luty 1948 r.

chen. Dies wurde zum Anlaß genommen, die Arbeitsinspektion der Sabotage des Wettbewerbs zu bezichtigen. Das Bezirkskomitee der Gewerkschaften in Lodz informierte in einem Brief an das KCZZ, man sei „zu der Ansicht gelangt, daß solche Untersuchungen unzweckmäßig und unnötig wären, wenn man ein Chaos unter den Wettbewerbsteilnehmern vermeiden wolle“, dies treffe auch auf Jugendliche zu⁵⁴. Die offizielle Propaganda begatelligierte die Besorgnisse hinsichtlich des Gesundheitszustandes der am Wettbewerb Beteiligten. Es gab sogar Veröffentlichungen, in denen nachgewiesen wurde, daß der Wettbewerb erheblichen Einfluß auf eine Eliminierung vieler ernster Krankheiten hätte⁵⁵.

Der Widerstand gegen den Wettbewerb resultierte nicht allein aus der Furcht vor maximaler Ausbeutung, sondern er hatte auch ökonomische Gründe. Der Wettbewerb führte zu einer allgemeinen Vergeudung von Rohstoffen und-Energie sowie zum Verschleiß von Maschinen, vor allem aber zu einer Minderung der Qualität der erzeugten Waren und zu einer Erhöhung der Produktionskosten. Für die Behörden war die übermäßige Anzahl von „Ausschußprodukten“ in vielen Fällen das Ergebnis der Sabotage durch das technische und das Verwaltungspersonal⁵⁶. Die in der Öffentlichkeit verbreiteten Informationen über den Wettbewerb waren von einem „amtlichen Optimismus“ gekennzeichnet; man hob die große Zahl von Wettbewerbsteilnehmern, die Zunahme der Produktion, die Erhöhung der Einkommen usw. hervor. Gegenteilige Schlußfolgerungen ergaben sich aus den speziellen Berichten verschiedener Fabriken. In den großen Textilbetrieben in Pabianice, die nahezu 40.000 Mitarbeiter beschäftigten, stieg die Ausschußquote von 15,7 Prozent im Zeitraum vor dem Wettbewerb auf 29,1 Prozent im Juni 1948, die Produktionskosten einer Wareneinheit erhöhten sich um 8 Prozent. In einem anderen Betrieb dieser Branche (PFSJ Nr.1 in Tomaszów Mazowiecki, der über 5.000 Personen beschäftigte) wuchs der Anteil am Ausschuß um 7,4 Prozent und die Produktionskosten um fast 26 Prozent. In der Grube „Mysłowice“ sank die Produktivität über 15 Prozent, während die Kosten um 28,1 Prozent anstiegen. In der „Bank-Hütte“ (in der mehr als 5.000 Personen arbeiteten) erhöhten sich der Ausschuß um mehr als das 3-fache, die Kosten hingegen um 7,2 Prozent⁵⁷. Charakteristisch waren starke Produktionsschwan-

⁵⁴ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/165, Pismo OKZZ w Łodzi do KCZZ (7 września 1948 r.), s. 53; AAN, KC PPR sygn. 295/IX/210, Sprawozdanie KW PPR w Łodzi za sierpień 1948 r., s. 196; AAN, KC PPR sygn. 295/XIII/11, Analiza pracy związków zawodowych woj. pomorskiego w świetle uchwał lipcowego i sierpniowego Plenum KC, s. 215-216.

⁵⁵ J. Kowalski, *Badania lekarskie przodowników pracy*, „Przegląd Związkowy” 1949 nr 10, s. 442-444.

⁵⁶ IPN Warszawa, MBP Departament IV sygn. 38/2, Sprawozdanie Departamentu IV za styczeń 1948 r.

⁵⁷ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/325, Ankieta w sprawie współzawodnictwa PZPB w Pabianicach (1 czerwca 1948 r.), s. 157; tamże: CKW PPS sygn. 235/XV/90, Ankieta w sprawie współzawodnictwa PFSJ nr 1 w Tomaszowie Mazowieckim (1 czerwca 1948 r.), s. 24; tamże: CKW PPS sygn. 235/XV/89, Ankieta w sprawie współzawodnictwa kopalni „Mysłowice” (1 czerwca 1948 r.), s. 42; Ankieta w sprawie współzawodnictwa w Hucie Bankowa (1 czerwca 1948 r.), s. 52.

kungen; nicht selten kam es in Betrieben, die im Wettbewerb führend waren, zum Zusammenbruch der Produktion infolge der Raubwirtschaft, deren Auswirkungen sich erst nach einer gewissen Zeit zeigten, so etwa in der Grube "Ludwik"⁵⁸.

Das Streben nach höherer Produktion um jeden Preis, auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter und der Qualität, stieß sogar auf Kritik seitens der Kirche. Bemerkenswert ist ein Vortrag des damaligen Bischofs Stefan Wyszyński. Wie aus dem Bericht eines PPR-Funktionärs hervorgeht, "attackierte der Bischof unseren Arbeitswettbewerb, indem er u.a. sagte: 'heute fordern und zwingen sie die Leute, möglichst schnell und viel zu produzieren, ohne Rücksicht darauf, welches Produkt in welcher Qualität entsteht'. Der Bischof führte einige Beispiele an: Was habe ich davon, daß ich eine volle Schachtel Zündhölzer besitze, aber nur ein gutes Streichholz in dieser Schachtel vorfinde [...] Das sind die Ergebnisse des gegenwärtigen Fortschritts in der neuen Verfassung, die anweist, rasch zu arbeiten, ohne dafür zu sorgen, daß dies zum Erfolg führt. Die Kirche spricht dagegen anders: Arbeite langsam, aber gut"⁵⁹. Einige Priester äußerten sich über die damalige Stimmung weitaus bildhafter. Ein Probst einer Pfarrei organisierte eine Ausstellung, in der Bilder mit den Aufschriften gezeigt wurden: Ein neues Haus "vor dem Wiederaufbau", ein altes zerfallenes Haus "nach dem Wiederaufbau" – und eine Schule, vor der ein völlig verelendetes Kind steht, dahinter ein Plakat: "Ministerium der Klugheit"⁶⁰. Der Verfasser des Berichts unterstrich, daß die Angelegenheit den Sicherheitsorganen übergeben wurde.

Als auf dem Plenum des KCZZ im November 1947 die Gewerkschaftsbewegung die Verantwortung für die Organisation des Wettbewerbs übernahm, erfolgte dies gegen die Stimmen der sozialistischen Funktionäre. Bei der im gleichen Monat veranstalteten Sitzung der Gewerkschaftsabteilung des ZK der PPR informierte Włodzimierz Sokorski darüber, daß "in der Diskussion über den Wettbewerb alle Ausführungen seitens der PPS in unterschiedlicher Weise schon die Idee dieses Vorhabens in Frage stellten und sich kraß von unserer Einstellung abhoben. Die PPS-Leute verstehen das Problem nicht und halten es für unausgereift"⁶¹. Noch im Juni 1948 war der Anteil der Sozialisten, die sich am Wettbewerb beteiligten, weitaus niedriger als der der PPR-Mitglieder (34,8 zu 43,9 Prozent)⁶². Ein halbes Jahr nach Beginn der Aktion, im Juni 1948, schätzte die Leitung der PPR den Effekt der Arbeit der Gewerkschaftsfunktionäre kritisch ein. Obwohl unterschiedliche Formen des Drucks und nicht selten auch des Zwangs angewandt und ständig Beratungen

⁵⁸ IPN Warszawa, MBP Departament IV sygn. 38/2, Sprawozdanie Departamentu IV za styczeń 1948 r.

⁵⁹ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/28, Sprawozdanie z odczytu Biskupa Wyszyńskiego wygłoszonego w kościele na Bronowicach (3 kwietnia 1948 r.), s. 15-16.

⁶⁰ AAN, KC PPR sygn. 295/IX/209, Sprawozdanie KW w Łodzi za wrzesień 1947 r., s. 97.

⁶¹ AAN, KC PPR sygn. 295/XIII/4, Protokół z posiedzenia Wydziału Zawodowego KC PPR (28 listopada 1948 r.), s. 11.

⁶² AAN, KC PPR sygn. 295/XI/460, Zakłady przemysłowe objęte współzawodnictwem pracy (1 czerwca 1948 r.), s. 7-13.

organisiert wurden (in 44 Betrieben fanden in der ersten Hälfte des Jahres 1948 diesbezüglich 955 Meetings statt), blieb der Prozentsatz der Wettbewerbsteilnehmer verhältnismäßig niedrig. Nach einigen Angaben überstieg er kaum 40 Prozent; in einigen Großbetrieben war er minimal, so in den Gruben "Artur" 1,5 Prozent, "Zbyszek" 4,2, "Zabrze-Wschód" 14,8, "General Zawadzki" 9,6 und "Boleslaw Chobry" 5,3 Prozent; in den "Fablock"-Betrieben in Chrzanów 2,9, bei "Cegielski" in Posen 8,6 und bei "Poznański" in Łódź 14,6 Prozent⁶³. In einem Schreiben vom 10. Juni 1948 an die Wojewodschaftskomitees der PPR wurde empfohlen, die Wettbewerbskomitees der Gewerkschaften zu einem "Instrument der Parteiorganisation auf diesem Gebiet zu machen". Sie sollten überall dort organisiert werden, "wo sie noch nicht bestehen"; ihre Struktur sollte nach einem einheitlichen Muster gestaltet sein⁶⁴. Ergebnis dieser Kritik waren die Beschlüsse des Ende Juni tagenden Plenums des KCZZ. Angewiesen wurde, Zentrale Komitees für den Arbeitswettbewerb beim KCZZ und bei den Hauptvorständen der Branchengewerkschaften – Hauptkomitees für den Wettbewerb – zu bilden. Bei den Bezirkskommissionen sollten sie je nach Bedarf, bei den Betriebsräten hingegen verbindlich berufen werden. Die Komitees setzten sich – je nach ihrem Kompetenzbereich – aus mehreren Kommissionen bzw. Sektionen zusammen. Auf diese Weise wurde eine riesige, Zehntausende Personen zählende, bürokratische Struktur geschaffen, die vor allem an einer statistischen Erhöhung der Produktion interessiert war, ohne Rücksicht auf die Kosten für die Gesellschaft und – per saldo – auf die ökonomischen Effekte. Ausdruck dieser Tendenz waren u.a. die im Oktober 1948 vorgenommenen Änderungen in den Wettbewerbsregelungen für den Bergbau, die die Zahl der angerechneten Punkte für weniger Unfälle und eine Verbesserung der Kohlereinheit beschränkten⁶⁵.

Völlig pathologische Züge der Wettbewerbsbewegung traten in den 50-er Jahren zutage, als man bemüht war, die sowjetischen Vorbilder zu kopieren. Man ließ die bisherigen Produktionsmethoden fallen und ersetzte sie durch neue Methoden wie "Kowaljow", "Żandarow" und "Kowalcow", entwickelte die Rationalisierungsbewegung, das Sparsamkeitsprinzip etc, die zu einem organisatorischen Chaos, dem Niedergang der Produktivität und der Nichterfüllung der Wirtschaftspläne führten. Praktisch war allen klar, daß der Wettbewerb aus ökonomischen und gesellschaftlichen Gründen eher Schaden als Nutzen brachten. Die Förderung der Wettbewerbsbewegung war jedoch vor allem politisch motiviert. Die massenhafte Beteiligung der Arbeiter an ihm sollte ein Beweis für die Akzeptanz des politischen Systems, ein Element der Legitimation der herrschenden Kräfte sein. Der gelenkte Enthusiasmus der Massen war ein wesentlicher Faktor für den Aufbau des "stalinistischen" Modells. Die "tatsächliche Grundeinstellung" war auch ein entscheidendes Krite-

⁶³ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/460, Stan współzawodnictwa (1 czerwca 1948 r.), s. 4.

⁶⁴ AAN, KC PPR sygn. 295/XI/, Pismo sekretariatu KC PPR do I sekretarzy KW PPR (10 czerwca 1948 r.), s. 19.

⁶⁵ Z. Kantyka, *Między utopią a ideologią. Ruch zawodowy w województwie śląsko-dąbrowskim 1945-1949*, Katowice 1991, s. 202.

rium für die Beurteilung der Bürger, ihrer Chancen auf beruflichen und materiellen Aufstieg. Die Wettbewerbsbewegung brachte eine mit dem Regime eng verbundene Kaste von „Aktivisten“ hervor, deren Privilegien von der Partei- und Wirtschaftsbürokratie völlig abhängig waren. In den Hintergrund rückten wirkliche Qualifikationen und moralische Werte. Personen, die die damals allgemein verbreiteten Lügen nicht akzeptierten, waren Schikanen und Repressionen ausgesetzt. Auf diese Weise bildete sich das Modell eines totalitären Staates heraus. Die Gewerkschaften, denen die Verantwortung für die Entwicklung der Wettbewerbsbewegung aufgebürdet worden war, mußten ihr Interesse an der Verteidigung der sozialen Bedürfnisse der Beschäftigten auf ein Minimum reduzieren. In der Konsequenz erfolgte eine Vereinheitlichung der Ziele der Wirtschaftsverwaltung und der Gewerkschaftsorganisationen, die – wie Zbigniew Kantyka feststellte – darauf beruhte, keine Vergesellschaftung des Staates vorzunehmen (wie alle sozialistischen Programme für die Umgestaltung der Gesellschaft vorsahen), sondern die Gewerkschaften zu verstaatlichen⁶⁶.

Das entscheidende Kriterium für die Beurteilung der Gewerkschaftsorganisationen sind die materiellen Existenzbedingungen ihrer Mitglieder. In den ersten Nachkriegsjahren war das Lebensniveau der Bevölkerung in Polen angesichts der Kriegsschäden und der chaotischen Zustände äußerst niedrig. Die Gesellschaft war sich darüber im klaren, doch gab es praktisch keine Möglichkeit, dies rasch und radikal zu ändern. Bei der Beurteilung der Gewerkschaftsbewegung war deshalb ausschlaggebend, wie sie sich gegenüber den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens verhielt. Die Arbeiter erwarteten, daß die Gewerkschaftsfunktionäre – im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten – vor allem ihrer traditionellen Rolle als Interessenvertreter nachkamen. Das erforderte jedoch die Bewahrung der personellen, ideologischen und organisatorischen Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung vom politischen Machtzentrum. Nach dem Kriege stand dies aber im Widerspruch zu den doktrinären Grundprinzipien der neuen Staatsmacht, wonach in einem „Arbeiterstaat“ die Arbeiter keine anderen Interessen als die Arbeitgeber haben könnten. Die logische Folge dieses Grundsatzes bestand darin, daß die Schutzfunktionen der Gewerkschaften zugunsten des Dienstes dem Staat gegenüber an den Rand gedrängt wurden. Somit verloren die Gewerkschaften ihre grundlegende Bestimmung, die ihnen ein erfolgreiches Wirken gestattet hätte, nämlich ihre Mitglieder zu unterstützen. Unter den neuen Bedingungen resultierte ihre Rolle ausschließlich aus den politischen Beziehungen zur kommunistischen Partei und dem von ihr kontrollierten Staatsapparat.

⁶⁶ Tamże, s. 203; J. Tomaszewski, *Zadania „produkcyjne” związków zawodowych i ich realizacja na Dolnym Śląsku w latach 1945-1950*, [w:] *Z badań nad dziejami Dolnego Śląska po II wojnie światowej*, Wrocław 1993, s. 25-26; M. Heller, *Maszyna i śrubki. Jak hartował się człowiek sowiecki*, Warszawa 1989, s. 122-124.

Gewerkschaften und Arbeiterinteressen – Polen und die SBZ/DDR im Vergleich (1945-1956/58), realizowany przez zespół kierowany przez prof. Christopha Klessmanna z Uniwersytetu w Poczdamie.

INSTRUMENTALIZACJA POLSKIEGO RUCHU ZAWODOWEGO DO DZIAŁALNOŚCI PRODUKCYJNEJ (1945-1948)

Streszczenie

Najistotniejszym kryterium oceny działalności ruchu zawodowego jest stosunek do niego środowisk pracowniczych. W pierwszych latach po wojnie polski ruch zawodowy przestał reprezentować interesy pracowników, stał się natomiast instrumentem wykorzystywanym przez władze do stymulowania wzrostu produkcji. Oznaczało to, że związki zawodowe utraciły swój podstawowy atrybut pozwalający im skutecznie działać – poparcie swoich członków. W warunkach państwa komunistycznego ich rola wynikała wyłącznie z politycznych stosunków z partią komunistyczną i kontrolowanym przez nią aparatem państwowym.

Jędrzej Chumiński – dr hab., profesor nadzwyczajny, kierownik Katedry Historii Gospodarczej Uniwersytetu Ekonomicznego we Wrocławiu.